



Protokoll des Zürcher Kantonsrates

152. Sitzung, Dienstag, 26. Januar 2010, 16.30 Uhr

Vorsitz: *Esther Hildebrand (Grüne, Illnau-Effretikon)*

Verhandlungsgegenstände

1. Mitteilungen

- Gratulation zur Enkelin Seite 9968
- Begrüssung Seite 9974
- Antrag betreffend gemeinsame Behandlung von
Geschäften Seite 9995

2. Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2011 – 2014 (KEF 2011–2014)

Zusammenstellung der Geschäftsleitung vom 7. Januar 2010

KR-Nr. [10/2010](#)

Fortsetzung der Beratungen Seite 9960

Verschiedenes

- Rückzüge Seite 9960

Geschäftsordnung

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

1. Mitteilungen

Rückzug

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Lorenz Schmid hat gestern sein Postulat KR-Nr. [13/2009](#) betreffend Härtefallkommission, das ist das heutige Traktandum 43, zurückgezogen.

2. Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2011 – 2014 (KEF 2011–2014)

Zusammenstellung der Geschäftsleitung vom 7. Januar 2010

KR-Nr. [10/2010](#)

Fortsetzung der Beratungen.

23

Gewährung von Stipendien / neuer Indikator

(Claudia Gambacciani)

Claudia Gambacciani (Grüne, Zürich): Wir Grüne wollen in unsere Bildung investieren. Es kann nicht angehen, dass der Kanton Zürich mit den Sitzen zweier angesehener Hochschulen und den fünf grossen Fachhochschulen, ein Kanton, der zudem als wichtiger Wirtschaftsstandort gilt, dass dieser Kanton nur auf einen Schnitt von 0,3 Stipendienempfängerinnen der ständigen Wohnbevölkerung kommt. Die Schweiz verzeichnet dabei einen Schnitt von sage und schreibe 0,7 Prozent. Ist das nicht zum Heulen? Ich finde schon.

Mit diesem Antrag wollen wir dies ändern und den schweizerischen Wert angleichen, wenn nicht sogar übertrumpfen. So viel darf und muss uns unsere Bildung Wert sein. Wir müssen die Stipendienverordnung ändern. Das haben wir verschiedentlich diskutiert. Da sind sich auch viele darüber einig. Diesen Anstoss können wir mit der KEF-Erklärung geben.

Wir hören es bereits zum x-ten Mal, und ich kann es langsam nicht mehr hören, klar sind unsere Beiträge im Kanton Zürich beachtlich. Wenn man also in die Grenze kommt, dann kriegt man bekanntlich sehr viel. Ich habe eine nahe Verwandte, die etwa 20'000 Franken

jährlich als Stipendium erhält. Sie ist Halbweise, sie hat ihre Mutter verloren. Der Vater ist Schreiner und wird jetzt bald pensioniert. Muss so die soziale beziehungsweise die finanzielle Situation sein, in der man sich heutzutage im Kanton Zürich befinden muss, um ein Stipendium in dieser Ordnung zu erhalten? Das kann es einfach nicht sein.

Wenn wir aber nur die Hürde senken, damit man in den Genuss der Stipendien kommt, dann ist es damit noch lange nicht getan, weil dann die Beiträge natürlich an die Bezügerinnen und Bezüger insgesamt sinken, was wir nicht möchten. Deswegen muss der Mittelwert angehoben werden beziehungsweise der Topf vergrössert werden.

Bitte unterstützen Sie diese Erklärung.

Susanna Rusca Speck (SP, Zürich): Stipendien dienen in erster Linie dazu, auch jenen Personen nach dem Volksschulabschluss eine ihren Fähigkeiten entsprechende Ausbildung zukommen zu lassen, vor allem jenen, welche selbst nicht über die dafür benötigten finanziellen Mittel verfügen. Es geht darum, jedem Studierenden eine möglichst optimale Grundlage für eine solide Ausbildung zu gewähren. Dieser KEF-Antrag soll die Situation der Stipendien im Kanton Zürich korrigieren. Der neue Indikator «StipendienbezügerInnenquote» soll ein Hilfsmittel sein, welches uns Informationen anzeigt. Dieser Indikator gestattet die Feststellung von Zuständen und die Verfolgung von Abläufen, indem er das Erreichen und Verlassen der Zustände der BezügerInnenquoten anzeigt.

Andererseits wissen wir auch, dass in den letzten Jahren die Stipendienleistungen des Kantons Zürich im Vergleich zu anderen Kantonen unterdurchschnittlich waren. Die Stipendienbezügerinnenquote und die Stipendienausgaben pro Kopf im Kanton Zürich betragen 0,5 Prozent gegenüber dem deutschschweizerischen Mittelwert, der 0,9 Prozent ist. Im Vergleich zu den steigenden Studierendenzahlen ist dies ungenügend. Per November 2009 waren es rund 500 Gesuche mehr gegenüber dem Vorjahr. Für das Ausbildungsjahr 2010/2011 wissen wir, dass etwa 6000 Gesuche erwartet werden.

Ein anderes Argument ist auch, dass über ein Drittel aller Studierenden mindestens einen Elternteil mit einem Hochschulabschluss hat, während nur gerade 9 Prozent über Eltern ohne nachobligatorischen Abschluss verfügen. Besonders diese letzte Aussage macht deutlich, dass die soziale und gesellschaftliche und damit verbunden die finan-

zielle Situation der Eltern ausschlaggebend ist, was den Zugang zur tertiären Bildung und zur Bildung überhaupt betrifft.

In der Begründung des KEF-Antrags sollen auch die anrechenbaren Ausbildungskosten erhöht werden. Die kantonale Stipendienverordnung muss geändert werden. Die Bemessungsansätze müssen angepasst und verbessert werden. Dazu haben wir bereits ein dringliches Postulat eingereicht. Wir werden über diese Stipendienverordnung diskutieren müssen.

Ich bitte Sie in dem Sinn, den KEF-Antrag zu unterstützen.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Die SVP lehnt diese KEF-Erklärung ab, zum einen weil dazu im Dezember 2009 von verschiedenen Parteien ein Vorstosspaket eingereicht worden ist, das uns so wieso und wirksamer zur Diskussion rund um die Stipendien zwingt. Zum Zweiten ist die Erhöhung der Stipendienbezüger- und -bezügerinnenquote ein unnötiges Anliegen, und zwar aus folgenden Gründen. Erstens: Die Erhöhung der Stipendien bedeutet einen Mehraufwand in der Erfolgsrechnung des Kantons. Dies können wir uns zurzeit schlicht nicht leisten. Würden wir die Erhöhung der Stipendienquote tatsächlich anstreben, käme dies unseren Nachkommen nicht etwa zugute, sondern in Form von Defiziten und schliesslich Schulden zulas-
ten.

Zweitens: Ein Studium an der Fachhochschule oder an der Universität ist mit den notwendigen Qualifikationen für alle Personen ungeachtet der sozialen Herkunft praktisch gratis, mit Ausnahme der Studiengebühren, die verglichen mit den Kosten, die ein Studium verursacht, sehr gering sind. Stipendien dienen nicht primär dem Studium, sondern den Lebenshaltungskosten der Studierenden während des Studiums. Es gibt tatsächlich Studierende, die in sehr knappen Verhältnissen leben, die zu Hause leben müssen, die sich ein Studium nur im Kanton Zürich leisten können, die auf die Solidarität der Familie angewiesen sind, zum Beispiel um die Krankenkassenprämien zu bezahlen. Solange dies aber noch geht, wenn auch knapp, sind keine Stipendien notwendig. Falls Sie nun postulieren, dies sei doch der Fall, dann wollen Sie Stipendien für den Ausgleich sozialer Unterschiede nutzen. Dies darf unserer Meinung nach nicht sein. Stipendien sollen ein Studium nur dort ermöglichen, wo es sonst gar nicht möglich wäre. Deshalb müssen Stipendien sehr sparsam vergeben werden, sonst öffnen

Sie einer neuen, teuren Definition von Chancengleichheit Tür und Tor und schwächen gleichzeitig den Solidaritätsgedanken in Familien.

Drittens: Im Gegensatz zu anderen Kantonen haben wir drei Fachhochschulen und zwei Hochschulen direkt vor der Haustür. Das macht das Studium für Bürgerinnen und Bürger unseres Kantons günstiger, denn die Lebenshaltungskosten sind kaum höher als zur Mittelschulzeit. Studierende aus anderen Kantonen müssen in der Fremde wohnen, müssen nach Zürich reisen, müssen eine Wohnung haben. Wer sich dies im Kanton Zürich nicht leisten kann, wird vom Kanton reichlich unterstützt. Man erhält bei uns reichlich Stipendien, wenn man dann einmal erhält. Wer im Gegensatz dazu nicht aus einem Universitätskanton stammt, der muss jeden Tag nach Zürich pendeln, der muss eine Wohnung in der Universitätsstadt weg von zu Hause nehmen. Deshalb ist es auch klar, dass in anderen Kantonen sehr viel mehr Studierende auf Stipendien angewiesen sind. Sie haben schlicht mehr Kosten. Es ist wegen dieser Unvergleichbarkeit einfach unredlich, uns in einer Rangliste der Anzahl gewählter Stipendien als Schlusslicht zu brandmarken. In einer Rangliste mit der Anzahl eigener Hochschulen sind wir dafür weit vorn.

Viertens: Eher knappere finanzielle Verhältnisse während des Studiums zwingen zum kompakten, erfolgreichen Studieren. Ewiger Student sein, soll relativ teuer bleiben.

Es gibt also viele Gründe gegen die Überweisung dieser KEF-Erklärung. Ich bitte Sie, lehnen Sie sie ab.

Philipp Kutter (CVP, Wädenswil): Wir von der CVP unterstützen die KEF-Erklärung, weil sie ein Thema aufnimmt, das uns sehr wichtig ist, das Thema des Stipendienwesens. Allerdings muss ich gleich sagen, die KEF-Erklärung geht uns viel zu wenig weit. Wir erwarten vom Regierungsrat eine Reform des Stipendienwesens. Wir haben dazu mit Partnern vor den Weihnachtsferien ein umfangreiches Paket eingereicht mit vier Vorschlägen, wo man ansetzen könnte. Wir sehen es natürlich ganz anders als Matthias Hauser. Wir sehen Bedarf beim Stipendienwesen. Wir finden es nicht in Ordnung, dass Zürich Schlusslicht ist in Bezug auf die Stipendienbezüger schweizweit. Ich stelle auch gleich klar, dass es uns dabei nicht nur um die Unistudenten geht. Unser Ziel ist es, generell Menschen mit tiefem Einkommen den Zugang zur Aus- und Weiterbildung zu erleichtern. Das muss in unserem Interesse sein. Wer gut ausgebildet ist, findet leichter Arbeit

und braucht keine Sozialhilfe. Stipendien und Darlehen sind ein probates Mittel, um gezielt Armut und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Bitte unterstützen Sie darum diese KEF-Erklärung mit uns.

Andrea von Planta (SVP, Zürich): Wir haben es hier mit einer völlig falschen Zielsetzung zu tun. Sie wissen alle, dass es gefährlich ist, wenn man Äpfel mit Birnen vergleicht. Es ist noch gefährlicher und schwieriger, wenn man einen Mittelwert zwischen Äpfeln und Birnen ausrechnen will. Genau das tun wir im Falle dieser 0,9 Prozent als Zielgrösse. Wir haben Hochschul- und Nichthochschulkantone. Die können wir unmöglich in den gleichen Topf werfen. Wir haben Nicht-hochschulkantone wie Graubünden, Glarus, Wallis und viele mehr. Wenn Sie beispielsweise in Chur eine Mittelschule absolviert haben, dann müssen Sie ins Unterland. Sie müssen irgendeine Hochschule in Zürich, Basel, Bern und so weiter auswählen. Sie logieren dann weit weg von zu Hause. Wie das Matthias Hauser bereits ausgeführt hat, ist dies mit wesentlich höheren Kosten verbunden als für die Zürcher Universitätsbesucher. Deswegen haben diese Bergkantone auch ein ausgewiesenes Bedürfnis nach höheren Stipendienzahlungen.

Der Student, der von der Mittelschule in Zürich kommt, kann ohne Weiteres zu Hause wohnen und hat erst noch die ganze Auswahl der Hochschulen, also von ETH bis Universität mit allen Fakultäten direkt vor der Haustür. Es ist also ohne Weiteres ersichtlich, weshalb der Kanton Zürich bei diesem gesamtschweizerischen Vergleich nicht an der Spitze steht.

Im Weiteren ist es auch keine Schande für die jungen Leute, wenn sie sich Nebenjobs suchen. Das ist zumutbar und interessant. Ich habe das in der eigenen Familie erlebt. Es gibt diverse Möglichkeiten, zum Beispiel Nachhilfestunden geben, als Kellner arbeiten, Buchhaltungen machen oder PC-Support leisten.

Wir könnten uns auch ohne Weiteres vorstellen, dass die Stipendien vermehrt nach Leistung vergeben werden.

Die SVP wird diese KEF-Erklärung ablehnen.

Raphael Golta (SP, Zürich): Matthias Hauser hat dermassen einen Unsinn erzählt schon gestern zum Thema «universitäres Studium», dass ich da doch noch ein paar Dinge dazu sagen muss. Es ist einfach eine komplett unsinnige Vorstellung zu meinen, dass die Jugendlichen im Kanton Zürich bis 25 von den Eltern abhängig sein sollen, dass die Eltern dann ihren Kindern vorschreiben sollen – ich weiss nicht, ob das Ihr Bild ist, wie Sie Ihre Kinder erziehen wollen, dass Sie sie bis 25 unter Kontrolle haben, wenn diese ein Studium machen wollen –, was diese denken und tun sollen. Wenn Sie die Vorstellung haben, dass diese bis zu diesem Alter von den Eltern und auch vom Wohlwollen der Eltern abhängig sein müssen, dann ist dies ein Unsinn. Wenn die SVP-Fraktion ständig über die Deutschen in diesem Land flucht, wenn sich die SVP-Fraktion darüber aufregt, dass es Professoren und Professorinnen aus Deutschland gibt, die ins Land kommen, dann müssen Sie sich nicht wundern, wenn Sie eine solche Politik im universitären Bereich durchführen. Was Sie hier wollen, ist ein Bauernstaat. Die Intellektuellen sollen aus dem Ausland kommen. Danach beklagen Sie sich darüber. Das ist eine unsinnige und unwürdige Politik, die Sie hier wollen!

Samuel Ramseyer (SVP, Niederglatt): Es ist tatsächlich so, dass die Eltern für die Erstausbildung ihrer Kinder verantwortlich sind. Da bekanntlich das Studium zur Erstausbildung gehört, gibt es da gewisse Zusammenhänge. Da braucht man sich nicht darüber zu echauffieren.

Es sind bekanntlich einige Stipendienanträge und -vorschläge eingereicht worden und bald auf dieser Traktandenliste. Den Indikator zu ändern, löst das Problem der Anzahl der Stipendienbezüger definitiv nicht. In der Stipendienverordnung ist geregelt, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit man überhaupt zu einem Stipendium kommt. Der Indikator misst dann höchstens, ob diese Vorgabe erreicht ist oder nicht, die man hier hineinschreibt. Also muss man zuerst die Reglemente, die Gesetze und die Verordnungen ändern, damit man überhaupt diese Bezüge ändern kann.

Jetzt sage ich Ihnen, wie Sie auch immer gegenüber dieser KEF-Erklärung stehen, sorgen Sie dafür, dass diese Stipendienvorlagen

möglichst rasch überwiesen werden, damit die entsprechende Kommission sich damit beschäftigen kann. Dann kann dieser Rat über eine ausgereifte Vorlage entscheiden und muss nicht an Indikatoren herumschrauben, die letztlich nicht das gewünschte Ergebnis bringen.

Kurt Leuch (EVP, Oberengstringen): Es geht hier tatsächlich nur um einen Indikator. Dass das Stipendienwesen überarbeitet werden muss, haben unterdessen die meisten gemerkt. Ziel dieser KEF-Erklärung ist die mittelfristige Steigerung der Stipendienbezügerquote und der entsprechenden Auszahlungen auf ein schweizerisches Mittel. Selbstverständlich bewirkt der Indikator allein nichts. Er ist aber eine Zielgrösse und legt jedes Jahr offen, wie wir im Vergleich mit den anderen Kantonen stehen.

Die EVP unterstützt diese KEF-Erklärung.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen), spricht zum zweiten Mal: Nur rasch zu Raphael Golta: Es geht hier nicht um irgendwelche gesellschaftlichen Modelle, ob man zu Hause wohnt oder nicht. Es geht um die finanzielle Bedürftigkeit und nicht darum, wo man wohnt, sondern ob man studieren kann oder nicht. Wenn Sie Erziehungsprobleme mit Ihren Kindern haben, die nicht mehr zu Hause wohnen wollen, dann kann es nicht sein, dass der Staat das übernimmt und bezahlt.

Martin Naef (SP, Zürich): Matthias Hauser, ich möchte nur mit einem Satz das Problem ein bisschen eingrenzen. Sie haben gesagt, es gehe bei den Stipendien um irgendeine soziale Umverteilung. Ja, das ist so. Es geht um die Verwirklichung der Chancengleichheit, die wir wollen, die uns als Wirtschaftsstandort Zürich, als Forschungs- und Bildungsstandort Zürich auch gut tut. Darum geht es. Stipendien sind dazu da, möglichst viele Leute, die das können und wollen, zum Nutzen der Wirtschaft unseres Landes motivieren zu können, eine universitäre Ausbildung oder eine Fachhochschulausbildung zu ergreifen. Darum geht es. Dafür stehen wir als SP ein. Dafür sollten wir im Interesse unseres Kantons und unserer Wirtschaft eintreten und auf solche Diskurse verzichten.

Claudia Gambacciani (Grüne, Zürich), spricht zum zweiten Mal: Samuel Ramseyer, ich schlage Folgendes vor: Das eine tun und das an-

dere nicht lassen. Ich freue mich selbstverständlich über eine ausgereifte Vorlage aus unserer Kommission, der KBIK (*Kommission für Bildung und Kultur*), nämlich die Hürden dann herabzusetzen und die Stipendienordnung anzupassen, so wie Sie das angesprochen haben.

Hier geht es aber darum, dass wir den Topf vergrössern, damit nicht der gleiche Topf auf mehr Köpfe verteilt wird, sondern dass der vergrösserte Topf entsprechend gerechter verteilt werden kann, sodass mehr Leute in den Genuss kommen.

Regierungspräsidentin Regine Aepli: Die KEF-Erklärung fordert eine Veränderung der Indikatoren. Damit ist noch nichts zur Grösse des Topfs gesagt, Claudia Gambacciani. Das muss man an dieser Stelle festhalten. Man könnte auch den Indikator verbessern, indem man die Beiträge verkleinert. Ich sage bloss, materiell ist mit einer Neufestlegung des Indikators noch nichts bestimmt zur Höhe der Stipendien und zur Anzahl der Bezügerinnen und Bezüger.

Samuel Ramseyer und andere Rednerinnen und Redner haben bereits darauf hingewiesen, es sind am Ende der Budgetdebatte zwei Parlamentarische Initiativen, eine Motion und drei Postulate eingereicht worden zum Thema «Stipendien». Eines der Postulate deckt sich praktisch mit dem Inhalt dieser KEF-Erklärung. Ich kann Ihnen im Namen des Regierungsrates sagen, wir werden diese Vorstösse gerne alle miteinander behandeln. Ich hoffe, das wird auch in der zuständigen Kommission möglich sein, damit wir dann alle diese Fragen, die zur Diskussion gestellt wurden, auch materiell beantworten können mit einer Vorlage, statt dass wir einfach den Indikator ändern. Solange wir am Verordnungsregelwerk nichts ändern, wird das auch den Indikator nicht ändern. Dann ist es ein frommer Wunsch geblieben. Es sind verschiedene materielle Vorstösse eingereicht worden. Das Problem kann angegangen werden. In dem Sinn spielt Ihr heutiger Entscheid keine so massgebliche Rolle. So gesehen können Sie den Entscheid gelassen treffen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 84 : 78 Stimmen bei 0 Enthaltungen, die KEF-Erklärung 23 nicht zu überweisen.

Die Beratungen werden unterbrochen.

Gratulation

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Ich kann Ihnen eine erfreuliche Mitteilung machen, die ich soeben erfahren habe. Gerhard Fischer, mein erster Vizepräsident, wurde letzte Nacht zum sechsten Mal Grossvater. Es ist ein Mädchen und heisst Noemi. Herzliche Gratulation. (*Applaus.*)

Die Beratungen werden fortgesetzt.

24

Schulversuche mit der Grundstufe
(*Matthias Hauser*)

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Nach der vorherigen freudigen Mitteilung auch etwas, das ich immer wieder wiederhole. Zu dieser KEF-Erklärung haben Sie die Argumentation bereits in der Budgetdebatte gehört, nicht nur zum Budget 2010, sondern auch schon in den Jahren zuvor, seit ich im Rat bin, in all diesen Jahren, in welchen die Bürgerlichen einzelne Vorschläge und nicht nur eine pauschale Kürzung beantragten. Sie kennen also die Argumente. Sie wissen, dass sie richtig wären. Weil Sie aber für die Grundstufe sind, gewichten Sie die Argumente anders.

Sie haben nun die grosse Chance, in der nächsten Budgetdebatte vom Grundstufen-Sparantrag verschont zu werden, falls Sie heute diese KEF-Erklärung überweisen und die Regierung sie umsetzt. Ich erinnere Sie daran, der Grundstufenversuch läuft. Die entsprechenden Klassen sind längst alimentiert. Eine Ausweitung der Versuche vor deren Abschluss wäre unfair und widerspricht den Verlautbarungen der Bildungsdirektion. Die Auswertung der Versuche wird durch die EDK (*Erziehungsdirektorenkonferenz*) geführt. Wenn wir schon in solchen interkantonalen Gremien mitmachen, sollten wir auf deren Resultate vertrauen und nicht selber doppelspurig tätig werden. Es ist daher

nicht einsehbar, weshalb zurzeit der Kanton Zürich zusätzliche Mittel für den Versuch sprechen soll. Diese sind aus der Finanzplanung zu streichen.

Marlies Zaugg (FDP, Richterswil): Man kann die Einführung der Grundstufe befürworten oder ablehnen. Damit aber herausgefunden werden kann, ob diese Neugliederung der Volksschule mehr Vor- oder Nachteile bringt, sind Schulversuche nötig. Damit eine seriöse Evaluation durchgeführt werden kann, haben sich 21 Kantone in der EDK-Ost verpflichtet, zusammenzuarbeiten. Dass das nicht ohne finanzielle Beteiligung aller geht, ist für die FDP klar. Jeder einzelne Kanton erstellt einen Evaluationsbericht und bringt sich mit diesem im Gesamtgremium ein. Bis der Versuch Grundstufe im Jahr 2012 abgeschlossen ist, ist es wichtig, dass sich die Lehrpersonen der 82 Versuchsklassen stets weiterbilden und auch austauschen.

Weil die FDP überzeugt ist, dass nur eine umfassende Überprüfung aller Vor- und Nachteile dieses neuen Schulmodells zur richtigen Entscheidung führen kann, ist sie bereit, diese 500'000 Franken jährlich bis 2012 für den Projektlauf-Aufwand einzusetzen.

Sie lehnt daher den Antrag 24 ab.

Susanne Rihs (Grüne, Glattfelden): Man kann fast sagen alle Jahre wieder. Alle Jahre wieder lehnen wir diesen Antrag ab.

Wir wollen, dass der Schulversuch mit der Grundstufe in unserem Kanton gut, sorgfältig und seriös abgeschlossen wird. Dazu gehören auch eine kantonsinterne Evaluation und die gute Aus- und Weiterbildung der betroffenen Lehrkräfte. Schliesslich war die Grundstufe ein wichtiger Grund, warum der erste Versuch des Volksschulgesetzes abgelehnt wurde. Man wollte die Grundstufe nicht einfach einführen, bevor man sie nicht in vielen unterschiedlichen Gemeinden und Schulhäusern erprobt hatte. Es wäre verfehlt und unglaubwürdig, wenn wir jetzt die Evaluation dieses Versuchs delegieren und die Ergebnisse nicht in die Weiterentwicklung der Basis unserer Bildung einfliessen lassen würden.

Ihre Haltung, liebe SVP, lässt befürchten, dass Sie am Ergebnis der Schulversuche mit der Grundstufe gar nicht wirklich interessiert sind, weil Sie diese nie wollten.

Ich persönlich, das gebe ich zu, war gegenüber der Grundstufe auch kritisch eingestellt. Aber mich interessieren die Ergebnisse sehr. Wenn Sie zeigen, dass Kinder mit diesem oder einem ähnlichen Modell besser gefördert werden können, dann würde ich dieses Modell unterstützen. Dazu braucht es diese Resultate, die wir zusammen mit den gut ausgebildeten Lehrkräften selber analysieren müssen.

Darum lehnen wir diese KEF-Erklärung dezidiert ab.

Karin Maeder (SP, Rüti): Mir gefällt die Grundstufe. Die Idee, so zu unterrichten, entspricht meiner Idee von Bildung. Von Ausweitung ist überhaupt keine Rede. Im Gegenteil, die Bildungsdirektion hat klar gesagt, bevor dieser Versuch nicht ausgewertet ist, wird gar keine Klasse zusätzlich als Grundstufe bewilligt. Der Kanton Zürich beteiligt sich an diesem Versuch, weil Sie, verehrte Damen und Herren von vis-à-vis, immer gesagt haben, diese Stufe könne ohne Erprobung nicht eingeführt werden. Nun wird sie erprobt. Jetzt wollen Sie diesem Projekt die Mittel entziehen. In diesem Betrag enthalten sind auch Weiterbildungskosten der Lehrpersonen, die an der Grundstufe unterrichten. Die Projektleitung ist auch nicht einfach auf Eis zu legen. Das Projekt geht jetzt in die Endphase. Es ist richtig, dass diese Evaluation interkantonal erfolgt. Die Daten sammeln und auswerten, geschieht aber in den Kantonen. Dafür wird ein Grossteil des Geldes gebraucht. Weiter, wie bereits gehört, wird ein Teil des Geldes für Weiterbildung benötigt.

Wir haben Ja gesagt zu diesem Versuch. Jetzt sagen wir auch Ja zum Geld, das dafür gebraucht wird und sagen Nein zu dieser KEF-Erklärung. Ich bitte Sie, dasselbe zu tun.

Andreas Erdin (GLP, Wetzikon): Diese KEF-Erklärung lehnen auch die Grünliberalen ab, weil Schulversuche, um ihren Zweck zu erfüllen, sorgfältig und gründlich und bis zu ihrem vorgesehenen Abschluss durchgeführt werden müssen. Auch bei der Evaluation und Weiterbildung der daran beteiligten Lehrpersonen sollten keine Abstriche gemacht werden. Doch ist der Aufschluss, den diese Versuche bringen, in zweierlei Hinsicht zu relativieren. Es ist mehrfach erprobt, dass ein flexiblerer Übergang vom Kindergarten in die erste Klasse für manche Kinder die Situation verbessert. Das wird bei uns nicht anders sein als anderswo. Interessanter wäre deshalb die Frage Grundstufe oder Basisstufe oder nochmals eine andere Form einer Anfangsstufe.

Aber diese Frage können diese Schulversuche nicht beantworten. Auch wenn also die Schulversuche mit der Grundstufe noch nicht das Gelbe vom Ei sind, sollen sie gründlich und sorgfältig abgeschlossen werden mit allem, was dazu gehört.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 101 : 52 Stimmen bei 0 Enthaltungen, die KEF-Erklärung 24 nicht zu überweisen.

25

Führung und Organisation der Zürcher Mittelschulen (Matthias Hauser)

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Es existieren zwei Zusammenstellungen darüber, welche Zürcher Mittelschulen welcher Erhöhung der Führungskapazität bedürfen, damit ihre Organisationsprobleme gelöst werden können. Die Führungskapazität wird dabei nicht grosszügig gesprochen, sondern lediglich auf das Niveau von Mittelschulen anderer Kantone gehoben. Der Bedarf ist ausgewiesen. Die heutigen Probleme sind anerkannt.

Die eine Liste ist bereits Teil des Projektberichts «Führung und Organisation der Mittelschulen» und geht lediglich von 2 Millionen Franken jährlich aus, die für die Erhöhung von Führungskapazität verteilt werden. Die andere Liste enthält die konkreten Stellen, welche wann für welche Schule zu schaffen sind, Schulleiterstellen, Prorektorenstellen, Adjunktenstellen, und für welche die jährlich dafür im kantonalen Finanzhaushalt gesprochenen 3,7 Millionen Franken vorgesehen sind. Es steht also fest, welche Kapazitätserhöhung welche Schule erhalten soll. Diese Mittel sind in Budget und KEF eingestellt und werden nicht und von niemandem bestritten. Trotzdem verlangt die Bildungsdirektion nun, dass jede Schule einen Prozess durchmacht, bevor sie erhält, was, wie Sie nun gehört haben, sowieso bereits feststeht, nämlich die Kapazitätserhöhung. Gegen einen solchen Leerlauf, nämlich nur gegen den Prozess, wendet sich diese KEF-Erklärung. Leider, dies möchte ich hier öffentlich anprangern, weigert sich die Bildungsdirektion nach der Budgetdebatte, den Schulen erkannte Kapazitätslücken in der Führung zu füllen, obwohl es geplant ist, obwohl es politisch unbestritten ist, wenn sich die Schule nicht mit dem Prozess un-

ter ihre Fittiche begibt. Nach der Budgetdebatte verlautete die Bildungsdirektion trotzig, der Organisationsentwicklungsprozess würde in jedem Fall durchgeführt. Die Mittel, welche der Kantonsrat dafür gekürzt hat, würden sonst im Mittelschulbudget abgestrichen, gingen also der Erhöhung der Führungskapazität ab. Ähnliche Arten von «Trötzeln» kenne ich auch von meinem vierjährigen Sohn. Man darf nicht nachgeben.

Es steht vor einem Prozess bereits dessen Resultat fest, das auch ohne Prozess realisierbar wäre. Einen unnötigeren Prozess kann man sich nicht vorstellen. Hier gibt es Sanierungspotenzial. Die Bildungsdirektion muss aufgerufen werden, den Prozess zu streichen und den Schulen die feststehende Erhöhung der Führungskapazität zukommen zu lassen, ohne Abstriche und indem sie die notwendigen Schulleitungsstellen schafft.

Die Überweisung dieser KEF-Erklärung ist ein klares Zeichen gegen die Bürokratie und dafür, dass die Mitteldort eingesetzt werden, wo ausgewiesener Bedarf da ist.

Markus Späth (SP, Feuerthalen): Die KEF-Erklärung zum Projekt 160, Organisation und Führung, entspricht dem identischen Antrag zum Budget. Die Wiederholung macht ihn nicht gescheiter. Er entzieht einem wichtigen und sinnvollen Projekt schlicht und einfach Mittel. Immerhin gestehen die Initianten den Gymnasien zusätzliche Führungsressourcen zu. Das sei zugestanden. Der Bedarf ist tatsächlich fundiert ausgewiesen und dringend.

Die KEF-Erklärung will die Schulleitungen stärken, ohne dass die bestehenden, über Jahrzehnte gewachsenen Leitungsstrukturen durch die Schulen selbst und mit externer Expertise einmal gründlich unter die Lupe genommen werden. Das ist kein Leerlauf, Matthias Hauser, das ist keine Bürokratie, sondern eine verpasste Chance. Gleichzeitig ist es schlicht unprofessionell.

Lehnen Sie diese KEF-Erklärung ab.

Claudia Gambacciani (Grüne, Zürich): Ein Leerlauf, Matthias Hauser, ist höchstens dieser Vorstoss. Das ist ein Antrag, den wir sicher nicht unterstützen. Wir wollen, dass die Mittelschulen ihren internen Prozess analysieren und so ihren Handlungsbedarf ermitteln und auch, dass sie für die Umsetzung der Schwerpunkte nur dann finanzielle Unterstützung erhalten, wenn sie diesen Organisationsentwicklungspro-

zess durchlaufen haben. Sie alle kennen das Phänomen der Betriebsblindheit. Genau deshalb darf dieser Prozess nicht darin enden, dass wir nun aus Kostengründen die externen Berater wegstreichen und sagen, die Schulen sollen sich selber auf die Finger schauen. Das ist eben schwierig, Matthias Hauser, wenn man sich nur mit seiner eigenen Innensicht beschäftigt.

Problematisch ist zudem auch, dass die Absicht, die hier verfolgt wird, gar nicht erreicht wird, weil jetzt endlich mit dieser Kürzung die Schulen gebeutelt werden, die bereits einen Entwicklungsprozess durchlaufen haben und so nun keine Unterstützung mehr erhalten für die Umsetzung der ermittelten Defizite. Wo sich hier die Logik versteckt, das ist mir wirklich schleierhaft.

Werner Scherrer (FDP, Bülach): Mit dieser KEF-Erklärung soll noch einmal unterstrichen werden, dass die FDP nicht gegen die Anpassung von Führung und Organisation in der Mittelschule ist. Wir stehen klar dafür ein, dass das Trojanische Pferd Organisationentwicklungsprozess mit seinen vom MBA (*Mittelschul- und Berufsbildungsamt*) finanzierten Unternehmensberatern nicht in die Stadt gelassen wird. Wer wie die FDP diese KEF-Erklärung unterstützt, ist nicht gegen die Entwicklung, aber gegen die unnötigen externen Berater.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 85 : 64 Stimmen bei 13 Enthaltungen, die KEF-Erklärung 25 zu überweisen.

Die Beratungen werden unterbrochen.

Begrüssung

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Ich begrüsse an dieser Stelle einen Gast. Maria Roth-Bernasconi, Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates, sitzt auf der Tribüne. Ich freue mich, dass sich die nationale Politik auch für die kantonalen Belange interessiert.

Die Beratungen werden fortgesetzt.

26

*SOL an gymnasialen Mittelschulen
(Walter Isliker)*

Walter Isliker (SVP, Zürich): Selbstorganisiertes Lernen (SOL) an Mittelschulen, Verbesserung der Erfolgsrechnung der Leistungsgruppe 7301 für die nächsten drei Jahre: 2011 0,78 Millionen Franken, 2012 0,23 Millionen Franken und 2013 dieselbe Summe. Ich habe es in der Budgetdebatte schon erwähnt und den Kürzungsantrag von diesen damals 800'000 Franken mithilfe des Parlaments einsparen können. Somit liegt ein Verbesserungsantrag von mir auf der Hand. Ich stelle ihn für die folgenden drei Jahre wieder. Das selbstorganisierte Lernen darf keine Kosten verursachen. Das SOL muss als pädagogisches Prinzip und in didaktischer Form den Mittelschulen und Lehrpersonen überlassen bleiben. Die Methodik dazu gehört zum Rüstzeug jeder einzelnen Lehrperson. Ihr und den Schulen muss es überlassen bleiben, ob sie es benutzen oder nicht benutzen. Demnach bedarf es keines kantonalen Projekts und auch keiner Massnahme im Mittelschul- und Berufsbildungsamt.

Stimmen Sie mit der SVP diesen Verbesserungen der Erfolgsrechnungen für die nächsten drei Jahre zu.

Markus Späth (SP, Feuerthalen): Auch hier lohnen sich grosse Worte kaum. Der einzusparende Betrag, über den wir heute reden, beträgt einmal 800'000 und zweimal 200'000 Franken. Der Schaden allerdings, der mit der Abwürgung dieses Projekts angerichtet wird, ist beträchtlich grösser als die Einsparungen. In vielen Analysen und Leistungserhebungen wird den Zürcher Mittelschulen ein gutes Zeugnis

ausgestellt. Sie arbeiten überdurchschnittlich. In einem Punkt sind sich die Expertenberichte aber einig. Das selbstständige Lernen muss vermehrt vermittelt und eingeübt werden, damit der Übergang ins Studium verbessert werden kann. Die Regierung hat daraufhin reagiert und das selbstständige Lernen in ihre Legislaturzielsetzung übernommen. Das Projekt, über das wir heute sprechen, ist sehr geschickt aufgelegt. Die vorhandenen Erfahrungen aller Schulen werden gesamtkantonal zusammengetragen und für alle anderen nutzbar gemacht. Auf dieser Grundlage entwickeln alle Schulen eigene SOL-Konzepte. Für die Entlastung erhalten die Lehrpersonen, die an den Konzepten beteiligt sind, Entlastungen im Umfang von 30'000 Franken. Diese Anschubfinanzierung hat erfreuliche Dynamik ausgelöst. Die Durchführung des Projekts als kantonales Unterfangen garantiert gezielte, koordinierte Weiterbildung für die Lehrpersonen und den wichtigen Erfahrungsaustausch miteinander. Man kann voneinander lernen. Die Schulen, die Studierenden und der Kanton insgesamt erhalten dadurch viel für wenig Geld. Lassen wir die vielen engagierten Leute doch einfach weiterarbeiten.

Lehnen Sie diese KEF-Erklärung ab.

Marlies Zaugg (FDP, Richterswil): Auch da wieder, das selbstorganisierte Lernen kann man befürworten oder ablehnen. Darum geht es nicht. Es wird eine grosse Anzahl von Lehrkräften geben, die diese Methode des Lernens favorisieren und sie gezielt einsetzen. Es gehört jedoch zu den Freiheiten jeder Lehrperson, selbst zu bestimmen, mit welcher Unterrichtsmethode sie ihre Ziele erreichen möchte. Eine Unterrichtsmethode ist kein Schulmodell, dem sich eine Schule oder gar ein Kanton flächendeckend verpflichten muss. Daher muss sich jede Lehrperson selbst um ihre Weiterbildung kümmern, wenn es um die Aneignung neuer oder anderer didaktischer Methoden geht. Das Institut der Universität Zürich für Gymnasial- oder Berufspädagogen wertete Fragebogen von 221 Lehrpersonen von 20 Mittelschulen im Kanton Zürich zu diesem Thema aus. Dreiviertel der Lehrpersonen gaben an, keine besondere Unterstützung oder Entlastung gebraucht oder erhalten und Unterrichtsbeispiele im Rahmen des Regelunterrichts durchgeführt zu haben.

Es ist klar, der Kanton kann sich dieses Geld sparen, das er für das SOL-Projekt eingestellt hat. Die Kompetenzen können sich die Lehrer sehr gut selbst aneignen ohne vom Kanton finanzierte Weiterbildungen. Erhebungen und Auswertungen dieser Unterrichtsformen besorgt das Institut der Universität Zürich. Das Projekt zum selbstorganisierten Lernen an den Mittelschulen ist das einzige der 14 Projekte, das, ohne dass ein Schaden entstehen würde, gestrichen werden kann.

Bitte unterstützen Sie den vorliegenden Antrag.

Claudia Gambacciani (Grüne, Zürich): Marlies Zaugg, die Grünen sind für dieses Projekt. Deswegen kann ich nur noch einmal betonen, was wir bereits in der Budgetdebatte zu Protokoll gegeben haben. Dieses Projekt ist in unseren Augen eines der besten, das in den letzten Jahren auf die Mittelschülerinnen und -schüler zugeschnitten und realisiert worden ist, wobei zudem auch ein ausgewiesenes Defizit unserer Zürcher Mittelschulen angegangen wurde. Wenn wir jetzt diese finanziellen Mittel streichen möchten, ist das höchstens unverantwortlich.

Deswegen lehnen wir diesen Antrag ab.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 84 : 79 Stimmen bei 2 Enthaltungen, die KEF-Erklärung 26 zu überweisen.

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Die KEF-Erklärung 27 haben wir gestern behandelt.

28

Legislaturziele überprüfen

(Katharina Weibel)

Katharina Weibel (FDP, Seuzach): Hätte die Regierung im Budgetvorschlag 2010 mehr Informationen über die im internen Budgetprozess gestrichenen 272 Millionen Franken gemacht, hätte uns die Verwaltung genauer sagen können, wo sie diese linearen Kürzungen von 100 Millionen Franken im Budget 2009 eingespart hat, hätten wir

mehr Informationen über San10 gehabt, wir hätten diese KEF-Erklärung nicht so umfassend formulieren und einreichen müssen. Wir hätten auch konkretere Forderungen stellen können.

Sie können jetzt sagen, da warten wir mal San10 ab. Warten bedeutet in diesem Fall, Zeit verlieren. Es zeigt sich auch, dass man sehr ängstlich ist und sich solange wie möglich gegen ein Sanierungsprogramm wehrt. Es kommt so weit, dass wir wirklich ein umfassendes Programm haben müssen.

Die FDP will nicht warten. Sie will nicht das Ungewisse schüren. Deshalb reichen wir diese KEF-Erklärung ein. Eine direkte Frage zu einer KEF-Erklärung hätte ich bereits jetzt, zumal die KEF-Erklärung 16, Infrastruktur an internationalen Schulen stärken, zurückgezogen worden ist. In Punkt 3.5 in unserem KEF ist als einziges Ziel, Infrastruktur an internationalen Schulen stärken, wie es geschrieben steht, nicht mehr als Entwicklungsschwerpunkt aufgeführt. In der Umsetzung heisst es, die Regierung verzichtet. Der Kommentar der Verwaltung hat auf Nachfrage gelautet, das Ziel sei bereits erfüllt. Wie bitte ist nun diese Antwort aus der Verwaltung durch die Bildungsdirektorin zu interpretieren? Ich hätte da gerne eine Antwort dazu.

Ein Grund mehr für mich Sie zu bitten, dass diese KEF-Erklärung zu unterstützen ist.

Hansueli Züllig (SVP, Zürich): Gegen diese KEF-Erklärung kann wohl niemand sein. Jedes Unternehmen, jedes KMU (*kleine und mittlere Unternehmen*), jede Familie, jeder Student, ja Sie alle hier drinnen überprüfen doch laufend ihre Ziele und bringen immer wieder Korrekturen an. Warum soll dies die Regierung nicht auch tun?

Wir haben an der Sitzung der Finanzkommission vom vergangenen Donnerstag eine sehr interessante Präsentation der Abteilung Regierungscontrolling der Staatskanzlei des Kantons Zürich erhalten. Darin heisst es unter anderem: «Aufgaben der Abteilung auf strategischer Ebene, Strategie des Regierungsrates, Lagebeurteilung, Zielfestlegung, Umsetzungsplanung und Kontrolle, Berichterstattung.» Weiter heisst es: «Aufgaben-, Leistungs- und Wirkungscontrolling, Konzeption, Umsetzung im KEF und Geschäftsbericht, langfristige Ziele des Kantons überprüfen, Stabsarbeit zum Beispiel Public Corporate Governance, Mitarbeit am Sanierungsprogram.» Wir wollen jetzt aber, dass zusätzlich aufgezeigt wird, auf welche Ziele sofort, mittel- oder langfristig verzichtet werden kann. Ist doch alles nun klar. Der Regie-

rungsrat verfügt bereits über fachliche und personelle Ressourcen. Er muss nur noch die richtigen Vorgaben machen. Die liefern wir ihm mit dieser KEF-Erklärung.

Ich bitte Sie, diesen Vorstoss zu unterstützen. Sollten Sie dies nicht tun wollen, dann müssen Sie beim Verlassen dieses Rathauses ein sehr schlechtes Gewissen bekommen und spätestens auf der Strasse Ihren Wählern erklären, warum Sie dagegen sind, dass man Legislaturziele laufend überprüfen muss. Eben, ich habe es einleitend gesagt, etwas zu tun, was wir alle täglich machen.

Hans Läubli (Grüne, Affoltern a. A.): Hansueli Züllig, wer sollte da dagegen sein, dass die Regierung ihre Ziele überarbeitet und überprüft? Wir gehen davon aus, dass die Regierung das dauernd macht. Wir gehen nicht davon aus, dass die Regierung einmal Ziele festlegt und diese nie mehr anschaut und uns dann ankündigt, dass sie ein Sanierungsprogramm machen will und ihre Ziele nicht dabei überprüft. Es ist einfach ein Riesenschwall warmer Luft, der hier in diesen schon etwas stickigen Saal eindringt.

Wir werden uns enthalten. Wir sind sicher nicht dagegen, dass die Regierung das macht, was ihre Aufgabe ist.

Brigitta Leiser (CVP, Regensdorf): Legislaturziele überprüfen, so heisst die letzte KEF-Erklärung. Wie schon gesagt worden ist, überprüft jedes Unternehmen die Ziele immer und immer wieder.

Die CVP wird diese Erklärung überweisen, obschon wir kaum glauben, dass die Regierung so kurzfristig vor Ende der Legislatur noch auf von ihr vorgegebene Ziele verzichten wird. Bereits in einem Jahr werden uns die neu gesetzten Regierungsziele für die folgende Legislatur 2011 bis 2015 bekanntgegeben. Wir sind jedoch auch der Auffassung, dass im Zusammenhang mit dem Sanierungsprogramm 2010 nicht nur der Leistungskatalog kritisch überprüft wird, sondern dass auch die Legislaturziele neu beurteilt werden.

Raphael Golta (SP, Zürich): Es ist ein bisschen eine seltsame KEF-Erklärung, die Sie hier vorlegen. Wenn die Regierung anfangs Legislaturziele festlegt, die sie für sinnvoll erachtet – es ist wohlgemerkt die gleiche «Vier-gewinnt-Regierung», wie sie es schon vor vier Jahren war –, dann müssen wir davon ausgehen, dass dies Ziele sind, die

in jedem Zusammenhang sinnvoll sind. Das heisst, es sind Ziele, die sowohl kosten- wie auch nutzenseitig Sinn machen für den Kanton Zürich. Wenn wir nun tatsächlich wegen einer vorübergehenden Wirtschaftskrise, die wohlgemerkt sehr schwer ist und die den Kanton Zürich auch trifft, aber die doch als vorübergehend angeschaut werden muss, wenn wir aufgrund dieser Krise nun die ganzen Legislaturziele sofort anpassen und einfach sagen sollen, voilà, der Kanton Zürich ist ein anderer Kanton als noch vor vier Jahren, da war entweder am Anfang etwas von der Analyse falsch, die von der Regierung gemacht wurde – das hätte aber die bürgerliche Ratsseite auch damals schon sagen können –, oder aber diese Ziele gelten nach wie vor. Es macht verhältnismässig wenig Sinn, nach drei Jahren, also knapp bevor die nächsten Legislaturziele definiert werden, plötzlich zu sagen, jetzt werden die ganzen Legislaturziele über den Haufen geworfen. Das macht schlicht und ergreifend keinen Sinn.

Aus diesem Grund werden wir diese KEF-Erklärung ablehnen. Hansueli Züllig, ich habe verhältnismässig wenig Angst davor, dass mir meine Wählerinnen und Wähler sagen werden, warum ich die Regierung nicht dazu aufgefordert hätte, ihre Ziele anzupassen.

Hansueli Züllig (SVP, Zürich), spricht zum zweiten Mal: An die Adresse von meinem Kollegen Raphael Golta: Lesen Sie doch mal richtig. Es sagt niemand, es müssten alle Ziele überprüft und über den Haufen geworfen werden. Was wir fordern, ist, dass man aufzeigen kann, auf welche Ziele man sofort, mittel- oder langfristig verzichten könnte. Es gibt sehr viele Ziele, die umgesetzt werden müssen. Eine Prüfung jetzt zu machen, das darf man immer wieder. Verlängern Sie bitte die Debatte nicht, wir können draussen weiter sprechen.

Raphael Golta (SP, Zürich), spricht zum zweiten Mal: Schon passiert, Hansueli Züllig. Haben Sie wirklich das Gefühl, Sie werden nicht herausfinden, wenn das Sanierungsprogramm durch ist, welche Ziele nicht mehr erfüllt werden? Haben Sie wirklich Angst, das wird an Ihnen vorbeigehen? Ich gehe davon aus, wenn das Sanierungsprogramm im Umfang, wie Sie es wollen und wie Sie auch bereits in der Budget- und der KEF-Debatte angekündigt haben und im Umfang finanzieller Natur, wie die Regierung dies ankündigt hat, wenn das Sanierungsprogramm kommt, werden wir alle merken, welche Ziele nicht umgesetzt werden. Es werden manche Ziele nicht umgesetzt werden, die

noch wesentlich weiter gehen als die ganzen Legislaturziele dieser Legislatur. Ich mache mir keine Sorgen, dass wir das nicht merken werden, wenn es dann soweit ist.

Regierungspräsidentin Regine Aeppli: Brigitta Leiser hat es angetönt, die Legislatur ist praktisch zu drei Vierteln bereits abgelaufen. Es sind viele Legislaturziele umgesetzt worden. Andere dauern über den Ablauf dieser Legislatur hinaus. Wieder andere sind noch nicht angepackt worden. Aber, ich bin wahrscheinlich nicht die Erste, die Ihnen das versichert, die Legislaturziele werden laufend überprüft. Der Regierungsrat legt jährlich im Rahmen seines Geschäftsberichts über den Stand und die Umsetzung der Legislaturziele Rechenschaft ab. Ich weiss, auch wir sind zuweilen überfordert mit dem Umfang all dieser Berichte. Deshalb ist es verständlich, wenn nicht jede und jeder in diesem Saal über das letzte und hinterste Legislaturziel aller Direktionen im Bild ist. Ich glaube aber, dass die Legislaturziele einer Überprüfung unterzogen werden, auch am Ende der Legislatur. Es wird sicher darüber Bericht erstattet werden. Das ist auch ein Punkt, der für die Medienberichterstattung wichtig ist. Was wurde umgesetzt und was nicht? Das wird sicher am Ende dieser Legislatur auch der Fall sein. Ein grosser Teil der Legislaturziele wird im Rahmen des Sanierungsprogramms 10 diskutiert werden müssen. Auch darüber werden wir Ihnen Rechenschaft ablegen. Sie werden sich nicht über mangelnde Transparenz zu beschweren haben.

Nun noch zur Frage von Katharina Weibel, zu den International Schools. In diesem grossen Wust all dieser Papiere habe ich am Schluss auch gesehen, dass bei diesem Legislaturziel «Verzicht» steht. Ich weiss nicht, wo das entstanden ist. Wir sind noch in Diskussion mit der Staatskanzlei darüber. Es ist einfach nicht richtig. Es wurde nicht auf dieses Legislaturziel verzichtet. Im Gegenteil, wir sind daran. Wir haben schon zu Beginn der Legislatur abgeklärt, wie viele Schülerinnen und Schüler wirklich die International School besuchen. Wir haben dabei festgestellt, dass es zwei Gruppierungen gibt. Die International Schools müssen sich im Gegensatz zu gewöhnlichen Privatschulen nicht an den Lehrplan des Kantons Zürich halten, weil sie eine andere Schülerschaft haben, nämlich jene, die kommen und gehen oder jene, die kurz vor dem Gehen ins Ausland sind. Die International Schools wollen Gewähr bieten, dass diese Schülerinnen und Schüler auch mit den internationalen Abschlüssen Schritt halten können. Nun ist es mittlerweile so, dass die Plätze der International

Schools zu einem beträchtlichen Teil von «gewöhnlichen Privatschülern» und nicht Expats oder solchen, die es werden wollen, besucht sind. Da müssen wir eine Unterscheidung machen. Wenn wir auch sonst Privatschulen nicht unterstützen, die sich aber an den Lehrplan halten müssen, dann müssen wir die International Schools wirklich anders behandeln. Wenn diese halt zur Hälfte mit «gewöhnlichen Privatschülern» gefüllt sind, dann muss das reglementiert werden, weil sonst die International Schools gegenüber anderen Privatschulen privilegiert sind. Dieses Reglement ist unterwegs. Es ist noch mit der Volkswirtschaftsdirektion in Absprache. Das Legislaturziel ist nicht vergessen gegangen. Wir haben einmal einen Infrastrukturbeitrag geleistet an die International School in Adliswil. Weitere konkrete Gesuche sind uns in der Zwischenzeit nicht eingereicht worden. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich weiss auch nicht, ob wir das unter den heutigen finanziellen Umständen noch einmal tun könnten.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 110 : 35 Stimmen bei 20 Enthaltungen, die KEF-Erklärung 28 zu überweisen.

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Wir sind nun am Schluss angelangt. Von den 28 Erklärungen haben wir 13 überwiesen, nämlich die Nummern 3, 4, 5, 7, 12, 13, 15, 17, 20, 21, 25, 26 und 28. Nicht überwiesen wurden 14 KEF-Erklärungen. Eine, nämlich die Nummer 16, wurde zurückgezogen.

Wir kommen nun zu einer Schlussrunde. Diese Schlussrunde geht so, dass ich den Fraktionsstärken nach aufrufen werde. Sie haben zehn Minuten Zeit, Ihre Meinung dazu zu äussern.

Hans Frei (SVP, Regensdorf): Das Parlament stützt doch weitgehend die SpARBemühungen der SVP. Die dritte Auflage der Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan liegt hinter uns. Der Kantonsrat hatte die Gelegenheit, sich mit einer Kernaufgabe staatlichen Handelns auseinanderzusetzen. Bis auf eine Ausnahme hatten sich alle Parteien in diesen Prozess eingebracht. Die CVP erachtete die Einflussnahme dieses Rates auf die mittelfristige Planung als wenig zielführend und schlich sich bereits zu Beginn der Debatte aus der Verantwortung. Eine langfristige Aufgaben- und Finanzplanung der Regierung kann uns nicht gleichgültig sein. Die SVP fordert

die Stärkung dieses parlamentarischen Instruments. Eine Parlamentarische Initiative wurde eingereicht, um die Verbindlichkeit der KEF-Erklärungen umzusetzen. Diese strategische Planung macht jedes Unternehmen, jeder Gewerbebetrieb oder schlicht und einfach jeder Privathaushalt, der seine finanzielle Handlungsfähigkeit sichern will. Weil diesem Instrument eine grosse Bedeutung zukommt, wurde es in der Kantonsverfassung als Aufgabe des Kantons und nicht etwa des Regierungsrates festgeschrieben. Was uns der Regierungsrat mit seiner Planung präsentiert hat, ist schlicht und einfach nicht zu verantworten. Nicht anders ist es zu erklären, dass in einer Vierjahresperiode ein kumuliertes Defizit von 4,6 Milliarden Franken heranwachsen kann. Das Ausgabenwachstum sprengt jeden vernünftigen Rahmen. Neue Aufgaben werden notorisch mit Mehraufwand begründet. Ohne zusätzliche Stellen steht alles still. Jede Stellenbeschreibung ist faktisch in Stein gemeisselt. Flexibilität und Prioritätensetzung sind Fremdwörter. Immun sei man auf Sparbemühungen gab unlängst auch die amtierende Regierungspräsidentin Regine Aepli der Öffentlichkeit zu verstehen.

Die SVP-Kantonsratsfraktion hat längst auf diese Fehlentwicklung hingewiesen und entsprechend klare Forderungen zur Plafonierung des Aufwandwachstums gestellt. Diese Ziele sind für uns nach dieser Debatte nicht erreicht. Wir werden weiter kämpfen, um die ausufernde Staatstätigkeit wieder in geordnete Bahnen zu lenken. Mit den zahlreichen Anträgen aus unserer Fraktion haben wir nichts unterlassen, um ganz gezielt auf die Finanzplanung Einfluss zu nehmen.

Zur Bilanz, um bei der Differenzierung von Erklärungen mit strategischer Bedeutung zu bleiben, ist die Stabilisierung des betrieblichen Aufwands im Staatshaushalt von grösster Tragweite. Auf bürgerlicher Seite ist man sich in dieser Stossrichtung einig. So hat auch unsere Fraktion den Antrag der FDP zur Eindämmung des Aufgabenwachstums mit unterstützt. Leider führt uns dieser Weg zum Ziel etwas abseits einer messbaren Grösse. Nicht anders ist es zu erklären, dass man dem Regierungsrat bereits das Argumentarium liefert, um die nächsten Aufwandsteigerungen zu begründen. Mit einem Hilfeschrei aus den Reihen der FDP wurde das Viererticket unter der finanzpolitischen Führung von Regierungsrätin Ursula Gut aufgerufen, endlich die Ausgaben unter Kontrolle zu bringen. Im gleichen Atemzug hat die gleiche Fraktion geschlossen einen Antrag der Grünliberalen, SVP und mitgetragen von der CVP zur Stabilisierung des betrieblichen Aufwands im Staatshaushalt abgelehnt. Wie steht es da um die

Glaubwürdigkeit dieser Partei? Sicher nicht nachvollziehbar an die Adresse von Wählerinnen und Wählern des bürgerlichen Vierertickets. Trotz dieses Ausrutschers auf dem Weg unserer Anstrengungen konnten verschiedene SVP-Anträge erfolgreich überwiesen werden. So ist die Härtefallkommission so unerwünscht wie vor Jahresfrist. Die Opferhilfebeiträge sollen nach unten korrigiert werden, die Beiträge an die Krankenkassen limitiert, die Projekte im Bildungsbereich werden eingeschränkt, der Staatsbeitrag an die Universität reduziert, auf Teilprojekte in Führung und Organisation der Mittelschulen soll verzichtet werden, und zu guter Letzt konnte auch die Erfolgsrechnung der gymnasialen Mittelschulen eingegrenzt werden.

Im Weiteren konnten neue Forderungen von der linken Ratsseite erfolgreich abgewendet werden. Bemerkenswert aus der Debatte war auch die Offenlegung der Teilfraktion höherer Qualität innerhalb der Grünen. Festzuhalten wäre da nur der Nutzen zugunsten der Debatte, die Neutralisierung des grünen Vorstosses in den eigenen Reihen.

Mit dem Abschluss der Debatte ist nun zu hoffen, dass die Regierung die parlamentarische Vorarbeit entgegennimmt und umsetzt. Die Verantwortung liegt nicht bei einer Direktion, sondern ist eine Aufgabe des Gesamtregierungsrates. Dass sich dabei die Regierungspräsidentin über die Medien in diesem Prozess ausgeklammert hat, ist für die SVP inakzeptabel. Hier wird an der Spitze der Zürcher Regierung die Verantwortung für eine Mehrheit dieses Parlaments auf das Gravierendste verletzt. Von haushälterischem Umgang mit Steuergeldern keine Spur. Die Verantwortung der Verschuldung ist Aufgabe der nächsten Generation. Sorglos und selbstherrlich nimmt unsere Regierungspräsidentin die Halbierung unseres Eigenkapitals in wenigen Jahren hin. Wir alle in diesem Rat wissen, dass die mittelfristige Steuerung unseres Finanzhaushalts nicht im Budgetprozess umgesetzt werden kann. Die SVP fordert den Regierungsrat auf, unsere erfolgreich überwiesenen KEF-Anträge zu übernehmen und umzusetzen.

Nicolas Galladé (SP, Winterthur): Etwas Neues hat die diesjährige KEF-Debatte gebracht. Erstmals in dieser Legislatur haben FDP und SVP ihre eigene Regierung kritisiert, ihre erheblichen Zweifel angedeutet, ob «Vier gewinnt» mehr als nur ein Slogan ist und die eigene Regierung zur Übernahme von Verantwortung aufgefordert. Nun, da sprechen Sie uns aus dem Herzen respektive Sie sprechen aus Protokollen vergangener Sitzungen, da wir ähnlich argumentiert haben. Der Haken an der Sache ist der, dass die Verantwortung nun mal primär bei der Regierung liegt; dort, wo man die Akteure auf ihre Taten und vor allem auf ihre Versäumnisse behaften kann. Also stellen Sie entweder eine Regierungsmehrheit, die Verantwortung übernimmt oder beschränken Sie sich auf die oppositionelle Mehrheit im Parlament, zu der Ihnen CVP und Grünliberale verhelfen, aber verschonen Sie uns mit diesem ewigen Doppelspiel. Die KEF-Debatte, insbesondere bei den Anträgen zur Finanzpolitik ist, wir wissen es alle, ohnehin nur ein Vorgeplänkel auf die von der Regierung angekündigte Sanierungsvorlage. Dort wird die Debatte geführt. Bis es soweit ist, warten wir gespannt auf die Vorlage der Regierung.

Die SP hat sich zurückgehalten und ihre Schwerpunkte gesetzt mit ihren KEF-Erklärungen. Wir haben gefordert, zusätzliche Mittel einzustellen, um dem Legislaturziel «Verbesserung Vereinbarkeit von Beruf und Familie» näher zu kommen. Wir haben mit Erfolg die Sicherung des Nachwuchses im Pflege- und Gesundheitsbereich gefordert. Wir haben mittels KEF-Erklärung eingefordert, dass das Amt für Landschaft und Natur jene Stellen erhält, die es braucht, damit es seine Aufgaben und den gesetzlichen Auftrag ausüben und ausführen kann. Wir haben in ausgewählten Punkten einige wenige strategische Anträge gestellt.

Wenn Hans Frei schon etwas generell zu den KEF-Erklärungen gesagt hat, möchte ich kurz darauf eingehen. Wenn wir uns vergegenwärtigen, dass wir mit dem Budget kurzfristig auf das nächste Jahr hinwirken, steuert der KEF und wir steuern mit den Erklärungen mittelfristig auf der strategischen Ebene, und zwar entlang den regierungsrätlichen Legislaturzielen. Die permanente Wiederholung von Budgetanträgen in der KEF-Debatte, wie dies etwa die SVP gestern Morgen in der Justizdirektion gemacht hat, wird wohl der Grundidee des KEF nicht gerecht. Dass Anträge vom Kaliber «Streichung der Sitzungsgelder der Härtefallkommission», die dem KEF angemessene strategische Flughöhe nicht erreichen, müssen wir wohl auch nicht an dieser Stelle diskutieren. Die mittelfristige Steuerung durch das Parlament im Sin-

ne von KEF und mit KEF-Erklärungen macht Sinn. Vielleicht können wir aber die genannten schlechten Beispiele verhindern oder verringern, indem wir Budget- und KEF-Debatte näher aneinander- oder sogar zusammenlegen und dann sehen, was kurzfristig in der Budgetdebatte läuft und was längerfristig mit den KEF-Erklärungen wirksam wird. Wir haben schon vor längerer Zeit einen entsprechenden Antrag in der Geschäftsleitung des Kantonsrates deponiert und werden nach den gemachten Erfahrungen und einer Auswertung der heutigen und gestrigen Debatte diese bekräftigen.

Katharina Weibel (FDP, Seuzach): Die diesjährige KEF-Debatte war durch verschiedene, für uns von etwa vier Themen geprägt, zum einen durch die wirtschaftliche Situation. Auch wenn gewisse Unternehmen ganz erfreuliche Zahlen für 2009 präsentieren und damit Steuererträge für den Kanton Zürich in Aussicht stellen, haben wir die Situation noch nicht im Griff. Die Arbeitslosenzahlen, aktuell bei 4,4 Prozent, steigen noch weiter auf prognostizierte 5 Prozent, was die Volkswirtschaft nicht so locker verkraften kann. Die Situation ist also nach wie vor mit grosser und aller Sorgfalt zu begleiten. Ansätze, die für den Kanton Zürich ein flexibleres, rascheres Handeln ermöglichen, sind rasch zu prüfen. Die Freisinnigen wollen sich auf diese Kernaufgaben konzentrieren. Darum hat es uns sehr gefreut, dass 119 von 174 Ratsmitgliedern unsere KEF-Erklärung unterstützt haben. Diese Erklärung ist weder soft, wie das Hansueli Züllig genannt hat, weichgespült, sie ist das überhaupt nicht, sondern sie hält sich ganz klar an gesetzliche Vorgaben, respektiert das übergeordnete Recht und bietet der Regierung keinen erkennbaren Grund, diese Erklärung nicht entgegenzunehmen. Die Regierung wird einen Wunsch von 119 Kantonsräten nicht einfach unter den Tisch wischen können. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SVP und der GLP, wir wissen es doch genau, die von Ihnen unterzeichnete KEF-Erklärung wäre von der Regierung mit zwei Sätzen vom Tisch gewischt worden und das in den nächsten drei Monaten. Das bringt wirklich nichts. Das macht es der Regierung an sich einfach zu einfach.

Bezüglich der KEF-Erklärung 15, Beiträge an die Krankenkassenprämien, ist es uns ein Anliegen, festzuhalten, dass wir mit der Unterstützung von Vorschlägen zur Änderung von Gesetzen unseren Beitrag leisten. Wenn ich das richtig im Ohr gehabt habe, opponiert da der Gesundheitsdirektor gegen eine solche Überprüfung nicht. Auch wenn die Ergänzung mit dem Entwicklungsschwerpunkt «Sicherung des

Nachwuchses im Pflegebereich», KEF-Erklärung 13, etwas kostet, so ist sie mittelfristig eine richtige Zielsetzung.

Gefreut hat uns im Zusammenhang mit der Informationskampagne für einen gesunden Lebensstil die Aussage der Fraktionspräsidentin der Grünen. Sie hat nämlich gesagt: «Es ist nicht Aufgabe des Staats, den Bürger vor sich selber zu schützen.» Dieser Spruch tönt sehr nach Selbstverantwortung und Eigenleistung. Ob sie sich da im Parteiprogramm vertan und bei den Freisinnigen nachgeschaut hat? Schön wäre es.

Zur Bildung: Wenn in einer Umfrage bei den Lehrkräften Schulgeben – die Kernaufgabe aus meiner Sicht – an vierter Stelle erscheint, dann stimmt etwas nicht. Mit unserer Haltung in dieser KEF-Debatte wollen wir erstens das wieder zur ersten Aufgabe machen, nämlich Unterricht erteilen, Schule geben. Angefangene Projekte sollen zu Ende geführt und nicht abgebrochen werden. Die Lehrkräfte sind von administrativen Aufgaben wie Fragebogen ausfüllen, Stellungnahmen zu Themenbereichen, die vor Ort nicht von Bedeutung sind, zu entlasten.

Noch etwas zum Sanierungsprogramm: Wir haben es mehrfach gehört. Das Sanierungsprogramm ist für uns wie eine Blackbox. Wir wissen einzig, dass rund 1,4 Milliarden Franken jährlich in der KEF-Periode einzusparen sind. Wir hoffen, dass die Zukunft nicht noch schwarzer ist, als sie prognostiziert ist. Wir hoffen auch, dass die Regierung in dieser Sache Varianten aufzeigt. Wir hoffen weiter, dass sich die Fraktionen konstruktiv zu den Vorschlägen stellen. Denn wir glauben, dass es in niemandes Interesse sein kann, den kommenden Generationen einen Schuldenberg hinterlassen zu wollen. Eine auf den Saldo ausgerichtete Optik bedeutet für uns Freisinnige nicht, dass Gebühren und Steuern bei einem Aufwandüberschuss erhöht werden können, bis es dann wieder irgendwie passt. Eine Leistung ist etwas Wert, so zum Beispiel auch Krankenkassenprämien oder eben Studiengebühren. Sie sind entsprechend abzugelten. Schade ist es, dass die Ratslinke zwar die kritische Finanzlage des Kantons Zürich bestätigt, jedoch keinen einzigen konkreten Vorschlag zur Eindämmung dieser Aufwandsteigerung macht. Sie bekämpft damit eigentlich sich

selber und hat überhaupt keinen Plan in ihrer Tätigkeit. Gäbe es da nicht die bürgerliche Ratsseite, wäre diese Hilflosigkeit wirklich beängstigend.

Zu den Wahlen: Die linke Ratsseite hat in dieser Debatte meist, wenn es an Argumenten gefehlt hat, die Schuld der bürgerlichen Ratsseite, vor allem den vier Regierungsräten zugeschoben. Eine allzu einfache Argumentation! Anstatt einen Entscheid mehrheitsfähig zu machen und der Lösung wegen einmal einen konstruktiven Kompromiss zu suchen, verzieht man sich in die Schmollecke und «täubelt». Es kommt mir vor, als wären wir da wie die Zweijährigen im Sandhaufen.

Ein handlungsfähiger Kanton Zürich braucht in der nächsten Zeit besonnene Vertreter und konstruktive Ansätze. Sich jetzt schon wahlkämpferisch mit Maximalforderungen profilieren zu wollen, ist unseriös und zielt an der Sache vorbei.

Zum Schluss noch zu den KEF-Erklärungen: Es hat uns sehr erstaunt, dass sich die CVP während der Diskussion in den Kommissionen mit Stimmenthaltung hat vernehmen lassen. Ich weiss nicht, ob Ihre Wählerschaft das wirklich so will. Auch die CVP ist vielleicht in der Schmollecke. Ich weiss es nicht. Sie tut dies, obwohl sie Vorstösse zum KEF laufen hat und weiss, dass die KEF-Thematik am 8. Februar 2010 thematisiert wird. Die Freisinnigen verstehen dieses Vorgehen nicht. Wir wollen nach drei Jahren KEF-Debatte und Erfahrung dieses Thema vertieft diskutieren. Es wäre ein fatales Zeichen, wenn sich der Kantonsrat auf der strategischen Ebene nicht mehr äussern könnte, weil er es nicht versteht, mit KEF-Erklärungen als strategisches Werkzeug umzugehen.

Die Freisinnigen schliessen die KEF-Debatte recht zufrieden ab, sind doch von den 27 KEF-Erklärungen 24 in unserem Sinn verabschiedet worden. Wir können also nach der Budgetdebatte 2010 und nach den KEF-Erklärungen ein gutes Fundament für San10 vorlegen.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Der KEF bietet uns die Gelegenheit, der Regierung zu zeigen, ob sie mit ihrer Legislaturplanung und den Zielen auf dem richtigen Weg ist oder ob es Korrekturen braucht. Ein gewichtiger Teil der Anträge wurde diesem Anspruch gerecht. Es wurden Legislaturziele gestrichen oder neue Entwicklungsschwerpunkte eingefordert. Andere wiederum haben nichts dazu gelernt und haben einfach ihre Anträge der Budgetdebatte noch einmal aufge-

wärmt. Nicolas Galladé hat sie aufgezählt. Wir sind auch der Meinung, das ist unwürdig und falsch. Ein zweites Mal hätte es diese Aktion nicht gebraucht. So ist eben diese Debatte genau nicht gemeint. Trotzdem hat aus meiner Sicht diese Debatte gezeigt, dass wir als Parlament – einige Ausnahmen – dazugelernt haben und auf dem richtigen Weg sind. Die kindergartenunwürdige Trötzelei der CVP muss ich natürlich ausnehmen. Der Bürgerblock, SVP, FDP, CVP und Grünliberale, hat sich einmal mehr vereint, um mit ungeeigneten Anträgen die eigene Regierung zur Behebung des selbstverschuldeten Finanzlochs zu zwingen. Die hinlänglich bekannten Steuersenkungsrunden manifestieren sich jetzt in einem Defizit. Aber die Bürgerlichen sind nicht aufzuhalten, Kopf in den Sand und noch einmal dazulegen. Sie verlangen als Gegenmittel weitere Steuersenkungen. Natürlich tun sie auch etwas zur Behebung des Defizits. Sie stellen Forderungen wie diejenige von Hans-Peter Portmann zur Eindämmung des Ausgabenwachstums auf dem Niveau des Budgets 2010, obwohl ihnen die eigene Regierung und jede mit einigermaßen gesundem Sachverstand geadelte Person sagt, dass diese Art der Plafonierung in einem Staatshaushalt schlicht und einfach nicht funktionieren kann. Die Begründung liegt nicht zuletzt in Ihrem eigenen Verhalten.

Ich habe ein bisschen in den Vorstössen gestöbert. Carmen Walker Späh verlangt einen Kinderschutzanwalt und eine Kinderschutzfachstelle. Sie will Selbstverteidigungskurse an den Schulen und ein Nottelefon für Kinder. Sie will eine Statistik über den jeweiligen Ort von Taten. Das Meldewesen über die Taten und Erfahrungen der Jugendlichen soll systematisiert werden. Alles schön und gut, aber auch Kleinvieh, liebe Freisinnige, macht eben einen Haufen Mist.

Beat Walti verlangt ein Konzept für die Begabtenförderung an den Zürcher Gymnasien und einen Bericht über die muslimische Bevölkerung, daneben einen nationalen Innovationspark auf dem Flugplatz Dübendorf dank einer initiativen Regierung. Hans-Peter Portmann will am selben Ort eine Universitätsklinik. Ich frage Sie: Wer soll denn das alles bezahlen?

Und noch ein ganz kleines süsses Schnittchen: Im Jahr 2007 verlangten Beat Walti, Thomas Vogel und Beat Badertscher von der Regierung, dass sie die damals abgesagte Rütli-Bundesfeier personell und

finanziell unterstützen sollte. Ich muss Ihnen sagen, ein Quell der Freude Ihre Vorstösse, aber nicht geeignet für einen Stillstand in der staatlichen Ausgabenpolitik.

Noch etwas zu Katharina Weibel: Liberale Politik, meine liebe Katharina Weibel, die kann man im heutigen Freisinn beim besten Willen nicht lernen. Da könnten Sie bei mir einen Kurs nehmen. (*Heiterkeit.*)

Die Bildungspolitik ist in den Händen der SVP, und der Rest der bürgerlichen Seite wehrt sich nicht und unterstützt die unsäglichsten, blödesten Anträge, ohne sich zu fragen, wohin das führen soll. Man hält den Finger in die Luft und kürzt die Anzahl Projekte, ohne zu wissen, was das für die Schule und deren stetige und nötige Weiterentwicklung bedeutet. Vor nicht allzu langer Zeit gab es hier in diesem Haus einen breiten Konsens zwischen FDP, CVP, SP und der Mehrheit der Grünen für den Schwerpunkt Bildung. Man rang um die absolut nötige Schulentwicklung und suchte und fand Wege für eine breite und gut abgestützte Mehrheit. Heute rennen Sie blind der SVP hinterher, die nie erklären muss, wofür sie eigentlich ist. Ich erkläre es Ihnen schon. Sie sind einfach gegen jede Neuerung und propagieren ein Familien- und Bildungssystem, das im letzten Jahrhundert seinen Niedergang feierte. Sie müssen Blocher's Welt in der SVP-Postille lesen, dann wissen Sie, wofür diese Partei steht.

Die SVP können wir vergessen, aber für die sogenannte Bildungspartei FDP habe ich kein Verständnis, wenn sie, um nur ein Beispiel zu nennen, trotz stetig steigender Studierendenzahl den Staatsbeitrag der Universität kürzt.

Das Lieblingsmoto der Grünliberalen ist ziemlich ärgerlich. Immer wieder verkünden Sie lauthals, dass Sie der Jugend keinen Schuldenhaushalt hinterlassen wollen. Die Jugend, liebe Grünliberale, braucht eine gute Bildung. Sie braucht Lehrstellen und soziale Sicherheit. Ob wir in einer konjunkturrell schwächeren Zeit höhere Staatsschulden haben, die wir in besseren Zeiten minimieren, das braucht die Jugend nicht zu kümmern. Hören Sie auf mit dieser blöden Binsenwahrheit und stehen Sie gerade für Ihre wahren Absichten. Wir kennen sie, es geht nur um Steuersenkung.

Alles in allem sind wir froh, wenn die Regierung nicht gezwungen werden kann, alle Anträge umzusetzen. In diesem Sinn kann man die KEF-Debatte als teilweise entlarvende Stellungnahme der politischen Parteien abhaken. Wir sind gespannt und harren der Dinge, die da kommen wollen im Rahmen des Sparpakets San10.

Philipp Kutter (CVP, Wädenswil): Ja, wir hatten ein ziemliches Problem mit dem diesjährigen KEF. Die Planung, die darin aufgezeigt wird, ist nicht Schnee von gestern, sondern Schnee vom letzten Sommer. Darum haben wir den KEF vor den Weihnachtsferien negativ zur Kenntnis genommen wie übrigens die Mehrheit hier im Rat. Wir teilten damit der Regierung mit, dass der KEF aus unserer Sicht keine taugliche Planung mehr ist für die nächsten Jahre. Hans Frei, Ihre Predigt in Ehren, aber auf Basis dieser Planung würde kein KMU seine Zukunft angehen.

Mit Blick auf diesen Befund machte es aus unserer Sicht, keinen Sinn über einzelne Leistungsindikatoren zu diskutieren. Darum, liebe Katharina Weibel, und nicht wegen unseres Vorstosses haben wir darauf verzichtet, KEF-Erklärungen einzureichen. Wir haben jene KEF-Erklärungen unterstützt, die wirklich von grundsätzlicher, also strategischer Bedeutung sind. Wir haben jene nicht unterstützt, die an Details herumknobeln oder auch aufgewärmte Budgetanträge, auch wenn sie da und dort vielleicht gut gemeint waren.

Inhaltlich kann man sagen, dass der KEF und die Debatte dazu natürlich unter dem Eindruck des Sparens stehen. Ich denke, das ist die wichtigste Botschaft an die Regierung und auch mein Wunsch. Bitte zeigen Sie uns jetzt endlich Ihren Sparwillen und verzetteln Sie sich nicht. Ich erwarte nicht, dass die Regierung jetzt als Erstes die KEF-Erklärungen beantwortet. Priorität hat zweifellos das Sanierungsprogramm. Von mir aus kann sie die Aussagen aus der KEF-Debatte auch in ihr Sanierungsprogramm einfliessen lassen. Das genügt. Was wir sehen wollen, ist ihr unbändiger Sparwille. Es ist unumgänglich, dass markante Korrekturen in der Planung vorgenommen werden. Leider sind wir nach wie vor nicht restlos davon überzeugt, dass der Regierungsrat wirklich sparen wird und will. Dazu hat Regierungspräsidentin Regine Aepli in dem bereits viel zitierten Tages-Anzeiger-Interview selbst beigetragen. Das war wirklich ein schlechtes Timing. Ich kann nur hoffen, dass es in der Gesamtschau anders aussieht.

Nichtsdestotrotz hat man einmal mehr den Eindruck gewonnen, dass die Regierung darauf hofft, dass sich das strukturelle Defizit von selbst auflöst. Wir sind wirklich nicht die «Kaputtsparer-Partei». Es geht aber nicht an, dass der Bedarf an Staatsmitteln Jahr um Jahr wächst. Das ist unverständlich und auch unverantwortlich. Wir sind auch durchaus bereit, Mitverantwortung zu tragen in diesem Prozess, der ansteht. Das werden wir auch und das würden wir, wenn man uns einbeziehen würde. Wir haben von Anfang an gefordert, dass der Regierungsrat den Leistungskatalog rechtzeitig offen legt. Ich deponiere diesen Wunsch an dieser Stelle noch einmal.

Abschliessend noch eine Bemerkung zu den KEF-Erklärungen an sich: Ich gebe zu, ich stelle einen gewissen Lernfortschritt fest. Wir haben weniger KEF-Erklärungen zu beraten gehabt. Einige davon waren auch wirklich intelligent. Wir brauchten nur drei Sitzungen statt vier. Doch sind wir der Meinung, dass wir eine Grundsatzdebatte brauchen zur KEF-Debatte und zu den KEF-Erklärungen. Wir haben aus diesem Anlass zwei Vorstösse zu beraten, einen von uns und einen von SVP und Mitunterzeichnenden. Wir sind der Meinung, dass unter dem Eindruck der diesjährigen KEF-Debatte jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen ist, um hier einmal grundsätzlich einige Worte zu verlieren. Wir werden dies am 8. Februar 2010 tun. Wir würden uns freuen, wenn dann die beiden Vorstösse zur Weiterbehandlung in eine Kommission überwiesen würden. In diesem Sinn: Fortsetzung folgt.

Peter Ritschard (EVP, Zürich): Die KEF-Erklärungen bieten eine gute Auslegeordnung betreffend die Frage, was das Parlament beschäftigt. Die Vorstösse und die KEF-Erklärungen nehmen den Puls. Für die Regierung ist es wichtig zu wissen, was die Kantonsrätinnen und Kantonsräte beschäftigt. Die KEF-Erklärungen sind aber auch eine schwierige Sache. Das Parlament beginnt, wie die Regierung zu denken. Es legt nicht nur mehr Grundsätze fest, sondern es will Einfluss auf die Zukunft im Detail, also eigentlich eine Regierungsaufgabe. Die Spannweite der Meinungen betreffend KEF-Erklärungen ist sehr gross. Die einen möchten sie abschaffen und üben sich in Stimmenthaltung. Die anderen ziehen in die andere Richtung und möchten sie verbindlich erklären. Neben wichtigen Fragen werden auch eher kleinere Details angesprochen. Oft fehlt aber dem Parlament auch die

echte Kompetenz, um auf betrieblicher Ebene mitzusprechen. Viele KEF-Erklärungen sollte sich aber die Regierung im Sinne einer alternativen Überlegung zu Gemüte führen.

Für die EVP-Fraktion waren einige KEF-Erklärungen besonders auffallend, so zum Beispiel die KEF-Erklärung Nummer sieben der FDP, die differenzierte Überlegungen zur Entwicklung des Staatshaushalts in den Rat brachte. Viel Pfeffer erhielt die überwiesene KEF-Erklärung Nummer 15, welche die Beiträge an die Krankenkassenprämien reduzieren möchte. Schon ganz zu Beginn der Spardebatte fragte sich die EVP-Fraktion, auf welche Schultern wohl die Lasten gelegt werden sollen, derer sich der Kanton entledigen möchte.

Von grossem Interesse ist auch die KEF-Erklärung Nummer 17 betreffend Anzahl strategischer Projekte im Bildungsbereich. Es herrscht hier ein offensichtliches Malaise. Regierungspräsidentin Regine Aepli hat die Zahl sieben als magische Zahl bezeichnet. Vielleicht kann sich unsere Regierungspräsidentin nach vertiefter Überlegung doch mit einer Reduktion der Projekte zugunsten einer verbesserten Qualität anfreunden.

Wenn die FDP-Fraktion die Schuldenpolitik der EVP-Fraktion mittragen würde, könnte viel Geld gespart werden. Auch Lehrer und Schüler könnten wieder motivierter arbeiten.

Während die KEF-Debatte am Montag teilweise noch etwas uninspiriert war, kam in der Bildungsdebatte zum Beispiel bei der KEF-Erklärung 23 doch Stimmung auf. Unterschiedliche Vorstellungen über die Familien prallten aufeinander. In Wirklichkeit wird der Unterschied zwischen einer Familie der SVP angehörig oder einer solchen der SP nicht sehr gross sein. Der Unterschied besteht wohl nur in den Köpfen beziehungsweise den Ideologien.

Obwohl die EVP bislang noch keinen Regierungsrat stellt, hatten wir ein besseres Bild von der Regierung als gewisse Regierungsparteien. Das kam im KEF Nummer 27 zum Ausdruck. Für uns ist es selbstverständlich, dass die Regierung ihre Legislaturziele periodisch überprüft.

Fazit: Sowohl die Übungsanlage als auch die Durchführung der KEF-Erklärungen kann noch verbessert werden.

Thomas Maier (GLP, Dübendorf): Mit Freude höre ich, dass wir Regierungspartei seien. Ich gehe davon aus, dass sich diese Aussage bereits auf die nächste Legislatur 2011 bis 2015 bezieht.

Was bleibt? Diese Frage stellt sich einmal mehr nach getaner KEF-Debatte. Wir haben 13 von 27 Erklärungen überwiesen. Letztes Jahr hatten wir noch 43 Erklärungen beraten. Ist dies ein Fortschritt? Immerhin sinkt die Zahl der zu beratenden KEF-Erklärungen und wir fokussieren uns in langsamen Schritten auf das strategisch Wesentliche. Langsam, denn, das ist für uns das wichtigste Fazit, ein Kernproblem bleibt. Diverse Diskussionen führen wir nun dank entsprechender Anträge immer noch doppelt, einmal im Dezember und dann wieder im Januar. Ist dies wirklich notwendig, dass wir jeden Budgetantrag, ob überwiesen oder nicht, mit einem KEF-Antrag nachdoppeln müssen? Nach Meinung der Grünliberalen sicher nicht. Wir Grünliberalen erwarten von der Regierung, dass, wenn der Kantonsrat im Dezember Mehrheitsbeschlüsse fällt und diese Auswirkungen auf den KEF der Planjahre, heute sind das 2011 bis 2013, haben, sie diese im nächsten KEF automatisch berücksichtigt und entsprechend Korrekturen vornimmt, und zwar ohne, dass noch eine KEF-Erklärung mit dem gleichen Wortlaut nachgeschoben werden muss. Wenn dem nicht so ist, bitte ich die Regierung, dies klar und deutlich zu kommunizieren. Dann können wir entsprechend handeln.

Immerhin wurde eine der uns wirklich wichtigen KEF-Erklärungen, die Nummer sieben, überwiesen. Leider hat es die FDP allerdings verpasst, auch Nummer acht zu überweisen und damit klar Position zu beziehen in Bezug auf das ungebremste Wachstum bei den Staatsausgaben.

Zurück zur Frage, was bleibt. Ist Ihnen bei der Kehrtwende der CVP im Vergleich zur Budgetdebatte betreffend die Studiengebühren etwas aufgefallen? Die Aufregung auf einer Skala von eins bis zehn war etwa bei zwei, obwohl der Rat dadurch komplett anders entschied als noch im Dezember. Noch im Dezember stand beim entsprechenden Budgetantrag die Skala mindestens auf neun. Allein dieses kleine Beispiel zeigt, welchen Stellenwert die KEF-Debatte heute genießt – leider, aus Sicht der Grünliberalen. Wir müssen dringend an diesem Stellenwert arbeiten. Das Ziel hierzu ist auch klar. Die KEF-Erklärungen müssen für die Regierung verbindlichen Charakter erhalten. Falls wir dies nicht hinbekommen, können wir einen Beitrag zur

Ratseffizienz leisten, indem wir sie ersatzlos streichen. Die entsprechenden Vorstösse hierzu sind eingereicht. Wir werden sie hoffentlich am 8. Februar 2010 behandeln.

Zum Schluss: Die Regierung kann ihren Beitrag leisten, wenn sie die überwiesenen Erklärungen auch umsetzt, auch wenn sie dies streng genommen heute gar nicht müsste. Klar ist auch, die Regierung hat deutlich den Willen des Kantonsrates gespürt, das Ausgabenwachstum zu bremsen. Dies erwarten wir Grünliberalen bereits im Budget 2011, auch wenn es von unserer Finanzdirektorin Ursula Gut gestern anders getönt hat. Nicht weniger, aber auch nicht mehr.

Stefan Dollenmeier (EDU, Rüti): Von den 28 KEF-Erklärungen haben wir 13 überwiesen, mehr als doppelt so viele wie letztes Jahr. Bei fast allen ging es um Sparanträge. Wir als Kantonsrat haben damit ein Zeichen gesetzt. Viel mehr können wir zurzeit nicht tun – leider. Nun liegt der Ball bei der Regierung. Wir ersuchen die Regierung dringend, anders als noch bei der letzten KEF-Debatte, heuer die Wünsche des Parlaments umzusetzen und die KEF-Änderungen auch wirklich vorzunehmen. Der Ball liegt aber auch bei der Regierung, weil diese wahrscheinlich besser beurteilen kann, wo sonst noch gespart werden kann. Wir weisen besonders auf Fachstellen und Statistiker hin, die viel Arbeit machen, auch für andere verursachen, auf die wir in vielen Fällen problemlos verzichten könnten. Auch die «goldene Gans» Kultur muss Federn lassen, und zwar zünftig. In diesem Bereich laufen die Kosten aus dem Ruder trotz Krise. Ob dies wohl daran liegt, dass Regierungsrat Markus Notter so gerne ins Schauspiel- und Opernhaus geht? Einen weiteren Appell richten wir an die Stimmbürger. Diese rufen wir eindringlich auf, die Steuervorlage limmatabwärts zu schicken. Jetzt noch Steuern zu senken, wäre ausgesprochen unklug, um nicht zu sagen dumm. Wenn wir das strukturelle Defizit beseitigen wollen, wenn wir unseren Kindern und Enkeln keinen Schuldenberg hinterlassen wollen, dann dürfen wir unter keinen Umständen mehr Steuern senken.

Wir sind gespannt auf das Sanierungsprogramm. Die EDU wird Hand bieten, Leistungen aus dem Wellnessbereich zu kürzen, damit genug Geld vorhanden ist für die eigentlichen Kernaufgaben des Staats. Weg

mit dem Speck, fördern wir einen gesunden, schlanken, leistungsfähigen, starken Staat. Ich danke allen, die mit uns diesen Weg beschreiten wollen.

Das Geschäft ist erledigt.

Mitteilungen

Antrag betreffend gemeinsame Behandlung von Geschäften

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Die Geschäftsleitung beantragt Ihnen, das heutige Geschäft Nummer neun, Schluss mit den nutzlosen KEF-Erklärungen, KR-Nr. [233/2009](#), und das heutige Geschäft Nummer 17, Verbindlichkeit von KEF-Erklärungen, KR-Nr. [13/2010](#), am 8. Februar 2010 gemeinsam zu behandeln. Sie sind damit einverstanden.

Schluss der Sitzung: 18.25 Uhr

Zürich, den 26. Januar 2010

Die Protokollführerin:
Barbara Schellenberg

Vom Ausschuss Ratsprotokolle der Geschäftsleitung genehmigt am 8. Februar 2010.